

Verhandlungsschrift Nr. 11

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz am Mittwoch, 6. Juli 2011, im Sitzungssaal der Gemeinde.

Beginn: 20:00 Uhr

Anwesend sind folgende Mitglieder des Gemeinderates

ÖVP:

Ing. Josef Dopler
Werner Hellmayr
Eva Wahlmüller
Mag. Peter Weissenböck
Johann Schöberl
Gerlinde Enzelsberger
Bernd Baumgartner
Josef Feischl
Ernestine Finzinger
Mag. Gerhard Hummer
Birgit Lindinger
Gerlinde Hintenaus
Ing. Gerhard Angster

SPÖ:

Erich Pilsner
Sabine Rathmayr
Robert Binder
Jutta Pöll
Ing. Siegfried Dobler
Herbert Brandscheid
Friedrich Schultes jun. EM
Sandra Rieger EM
Ing. Harald Hollnsteiner

FPÖ:

Erich Meixner EM
Franz Pollhammer
Rudolf Eder

Entschuldigt ferngeblieben:

Friedrich Schultes sen., Christian Scharinger, Gerhard Humer, Petra Kraxberger, Sylvia Greifeneder, Christine Finzinger, Dominik Scharinger, Andreas Hackl, Dr. Michaela Petz, Albert Rathmayr, Helmut Petrovitsch, Mario Pehringer, Harald Reiter, Georg Kapplinger, Klaudia Insamer, Andreas Hospodar, Christoph Schieber

Nach § 66 (2) der Oö. Gemeindeordnung 1990 ist Amtsleiter Josef Baumgartner anwesend. Der Amtsleiter ist zugleich Schriftführer.

Der Bürgermeister stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen und kundgemacht wurde, die Verständigung hiezu an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist und dass der Gemeinderat beschlussfähig ist, da die erforderliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates anwesend ist.

Bürgermeister Ing. Dopler verweist darauf, dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung des Gemeinderates zur Einsicht aufliegt und dagegen noch bis zum Ende der Sitzung Einwendungen eingebracht werden können.

Frau Sandra Rieger legt das Gelöbnis gem. § 20 Abs. 4 OÖ Gemeindeordnung ab.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, in der heutigen Sitzung noch folgende Angelegenheiten dringlich zu behandeln:

- Wasserleitungsbau Klause – Auftragsvergabe unter TOP 11
- Weiterbestand Polsenzhof als FAB-Einrichtung
- Gemeindefraße Parz. Nr. 1154/1, KG Fürneredt – Vermessung/Grenzfestlegung

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Sodann wird folgende Tagesordnung abgewickelt:

1. Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft Eferding vom 18. 5. 2011 zum Rechnungsabschluss 2010

Bürgermeister Ing. Dopler ersucht den Obmann des Prüfungsausschusses, den Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft Eferding über die Prüfung des Rechnungsabschlusses 2010 dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

Obmann Rudolf Eder bringt den Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft Eferding vom 18. Mai 2011, GZ. Gem40-25-1-2011-WI/StS vollinhaltlich zur Kenntnis.

Bürgermeister Ing. Dopler dankt dem Obmann für den Vortrag des Prüfberichtes.

Herr Binder stört, dass im Bericht auf die Erhöhung der Ausgaben für die Freiw. Feuerwehr verwiesen wird, nicht jedoch darauf, dass der Pro-Kopf-Aufwand für die Feuerwehr im Bezirksvergleich einer der niedrigsten ist.

Herr Pilsner bemerkt, dass es nicht vernünftig ist, bei der Sicherheit zu sparen. Zudem fehlt der Hinweis auf die Eigenleistung der Feuerwehr.

Bürgermeister Ing. Dopler stimmt dem zu, er bemerkt, dass die Situation beim Mostkeller ähnlich ist.

Der Prüfbericht wird ohne weitere Debatte zur Kenntnis genommen.

2. Prüfbericht des Prüfungsausschusses vom 30. 6. 2011

Bürgermeister Ing. Dopler ersucht den Obmann des Prüfungsausschusses, den Prüfbericht des Prüfungsausschusses vom 30. 6. 2011 dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

Obmann Rudolf Eder bringt den Prüfbericht des Prüfungsausschusses vom 30. 6. 2011 zur Kenntnis.

Bürgermeister Ing. Dopler dankt dem Obmann für den Vortrag des Prüfberichtes.

Der Prüfbericht wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

3. Kinderbetreuung: Elternbeitragsverordnung

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass entsprechend der Oö. Elternbeitragsverordnung 2011 vom Rechtsträger einer Kinderbetreuungseinrichtung eine Tarifordnung zu erlassen ist, in welcher

1. der Elternbeitrag für die Betreuung von Kindern vor Vollendung des 30. Lebensmonats, von Kindern ab dem Schuleintritt sowie für Kinder, die über keinen Hauptwohnsitz in Oberösterreich verfügen

2. der angemessene Kostenbeitrag bei nicht regelmäßigem Besuch der Kinderbetreuungseinrichtung

3. Materialbeiträge und Veranstaltungsbeiträge und

4. sonstige Beiträge für Mittagessen und Begleitperson beim Kindergartentransport festzulegen sind.

Im zuständigen Ausschuss wurde eine Tarifordnung erarbeitet.

Der Bürgermeister Ing. Dopler ersucht Obfrau Ernestine Finzinger um ihren Bericht.

Frau Finzinger berichtet, dass im Ausschuss ein Entwurf zur Elternbeitragsverordnung auf Grundlage des Modells des Amtes der OÖ Landesregierung erstellt wurde.

Obfrau Finzinger bringt den im Ausschuss erarbeiteten Entwurf der Tarifordnung für die Kinderbetreuungseinrichtung Kindergarten St. Marienkirchen an der Polsenz vollinhaltlich zur Kenntnis.

Herr Brandscheid fragt, ob diese Tarifordnung deckungsgleich durch die Musterverordnung vom Land vorgegeben wurde bzw. inwieweit der Gemeinde eine Entscheidungsrahmen zukommt.

Bürgermeister Ing. Dopler teilt mit, dass die Beiträge für Mahlzeit, Begleitperson beim Transport, Bastelmaterial und Veranstaltungsbesuch von der Gemeinde festzusetzen sind.

Herr Ing. Dobler fragt an, ob Kinder, deren Hauptwohnsitz nicht in St. Marienkirchen ist, unseren Kindergarten besuchen.

Bürgermeister Ing. Dopler verneint dies.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die vorliegende Tarifordnung für die Kinderbetreuungseinrichtung Kindergarten St. Marienkirchen an der Polsenz zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

4. Straßenbauprogramm 2011 - 2012: Änderung Finanzierungsplan

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass mit Herrn LHStv Hiesl vereinbart wurde, dass für die Gewährung von Landeszuschüssen für Straßenbauten ein Kostennachweis in Höhe des Landeszuschusses ausreicht, bisher musste das Doppelte an Kosten nachgewiesen werden. Der mit 20. 5. 2010 beschlossene Finanzierungsplan für das Straßenbauprogramm 2010 – 2012 ist daher ab 2011 zu aktualisieren.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, nachstehenden Finanzierungsplan für das Straßenbauprogramm 2011 – 2012 zu beschließen:

Finanzierungsmittel	2011	2012	Gesamt
Interessentenbeiträge	10.000	10.000	20.000
Landeszuschuss	25.000	25.000	50.000
Bedarfszuweisung	25.000	25.000	50.000
Summe:	60.000	60.000	120.000

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

5. Ortsgestaltung Ost: Änderung Finanzierungsplan

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, nachstehenden geänderten Finanzierungsplan für das Vorhaben Ortsgestaltung Ost zu beschließen:

Finanzierungsmittel	2012	2013	Gesamt
Landeszuschuss Verkehrsabteilung	10.000	0	10.000
Landeszuschuss Ortsentwicklung	10.000	0	10.000
Bedarfszuweisung	30.000	40.000	70.000
Summe:	50.000	40.000	90.000

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Bürgermeister Ing. Dopler bemerkt, dass er bemüht ist, Landesbeiträge vom Referat Verkehr und Raumordnung für dieses Vorhaben zu bekommen.

6. Zuweisung der Wohnungsvergabe an Gemeindevorstand

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass in der Vereinbarung mit der LAWOG zur vorgesehenen Wohnhausanlage geregelt ist, dass nach Freiwerden einer Wohnung die Gemeinde binnen 6 Wochen einen Vorschlag zur Wohnungsnachbelegung an die LAWOG zu übermitteln hat. Die LAWOG stimmt einer Verlängerung der Frist nicht zu, da sich daraus ein zu hoher Mietzinsentfall ergibt. Es ist daher zweckmäßig, die Zuweisung der Wohnungsvergabe auch auf den Gemeindevorstand zu übertragen, da dann schneller entschieden werden kann, ohne zusätzliche Sitzungen einberufen zu müssen.

Frau Rathmayr schlägt vor, das Entscheidungsrecht auch auf den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Sport zu übertragen.

Bürgermeister Ing. Dopler stellt fest, dass in dieser Angelegenheit sachlich eher der Ausschuss Ortsentwicklung, Raumordnung und Planung, Wohnen, Wasserversorgung und Kanal zuständig ist.

Herr Pilsner bemerkt, dass es bei Wohnungsvergaben auch um soziale Aspekte gehe.

Herr Mag. Weissenböck weist darauf hin, dass vom Gemeinderat bereits Kriterien für die Reihung bei Wohnungsvergaben erstellt wurden.

Herr Binder bringt vor, dass eine Aufstellung aller gemeldeten Wohnungssuchenden eine bessere Übersicht brächte.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, das Vorschlagsrecht zur Wohnungsvergabe dem Gemeindevorstand zuzuweisen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

7. Anpassung der Vereinbarung mit der LAWOG

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass die mit 17. 3. 2011 beschlossene und dabei abgeänderte Vereinbarung mit der LAWOG hinsichtlich Einweisungsrecht und Ausfallhaftung der zu errichtenden Wohnhausanlage ist in der ursprünglich vorliegenden Form zu beschließen ist, da die LAWOG einen über 2 Monate hinausgehenden Leerstand von Wohnungen nicht annehmen kann. Die Befristung der Vereinbarung auf die Abschreibungsdauer der Wohnhausanlage wird dabei beibehalten.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die im Entwurf vorliegende Vereinbarung mit der LAWOG über das Einweisungsrecht und Ausfallhaftung der zu errichtenden Wohnhausanlage zu beschließen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

8. Änderung Dienstpostenplan

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass für Frau Christine Offenzeller ab 1. Oktober 2011 die Voraussetzungen für eine Überstellung von p4 in p3 erfüllt sind; dazu ist der Dienstpostenplan entsprechend anzupassen. Die Dienstpostenplanänderung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, den Dienstpostenplan vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde dahingehend zu ändern, dass der Dienstposten für die Schulwartstelle von p4 auf p3 festgelegt wird.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

9. Mietvertrag Musikvereins St. Marienkirchen: Anpassung lt. Erlass IKD(Gem)-400002/94 vom 17. Juni 2011

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass aus steuerrechtlichen Gründen (Absetzungsmöglichkeit der Vorsteuer der Errichtungskosten) die Höhe des Mietzinses für die Räumlichkeiten des Musikvereins im Gemeindezentrum mindestens die anteilige Gebäudeabschreibung und die Verwaltungspauschale zu umfassen hat, weiters sind die Betriebskosten dem Mieter vorzuschreiben; der Mietvertrag ist rückwirkend ab 1. Jänner 2011 entsprechend anzupassen. Ab 1. 1. 2014 kann in die Steuerfreiheit optiert werden, womit ab diesen Zeitpunkt der Mietzins frei festgelegt werden kann. Derzeit zahlt der Musikverein keine Miete, da die erbrachten Eigenleistungen als Mietvorauszahlung angerechnet werden. Erfolgt die entsprechende Mietvertragsänderung mit 1. 1. 2011 nicht, wäre die seinerzeit in Anspruch genommene Vorsteuer in Höhe von über € 60.000,00 von der Gemeinde an das Finanzamt abzuführen. Das Einverständnis mit dem Musikverein über die Änderung des Mietvertrages wurde eingeholt. Der Entwurf zur Änderung des Mietvertrages wird vorgetragen.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die im Entwurf vorliegende Änderung des Mietvertrages und das ergänzende Übereinkommen zwischen der Marktgemeinde St. Marienkirchen an der Polsenz als Vermieterin einerseits und dem Musikverein St. Marienkirchen an der Polsenz als Mieter andererseits, in welcher rückwirkend auf den 1. Jänner 2011 der Mietzins mit €496,15 zuzüglich MWSt. festgelegt wird; die anteiligen Betriebskosten werden dem Mieter von der Vermieterin vorgeschrieben oder direkt vom Mieter bezahlt. Ab 1. 1. 2014 soll in die Steuerfreiheit optiert und in der Folge der Mietzins neu festgelegt werden.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

10. Löschungserklärung zum Wiederkaufsrecht ob der Liegenschaft EZ 474 Grundbuch 45026

Frau Rathmayr rückt vom Verhandlungstisch ab.

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass beim Verkauf des Baugrundstückes Parz. Nr. 1133/30 KG St. Marienkirchen durch die Gemeinde an die Ehegatten Albert und Gertraud Rathmayr im Jahr 1973 im Kaufvertrag für die Gemeinde ein Wiederkaufsrecht eingeräumt wurde. Nunmehr wäre dieses Wiederkaufsrecht im Grundbuch zu löschen und die dazu vorliegende Löschungserklärung zu beschließen.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die vom Notariat Dr. Petric vorgelegte Löschungserklärung zum Wiederkaufsrecht ob der Liegenschaft EZ 474 Grundbuch 45026 St. Marienkirchen an der Polsenz zu beschließen, die grundbücherliche Durchführung erfolgt auf Kosten der Liegenschaftseigentümer.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Frau Rathmayr rückt wieder an den Verhandlungstisch.

11. Wasserleitung Furth – Auftragsvergabe Ersatzneubau

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass zur beschlossenen Erneuerung der Wasserleitung Furth Angebote eingeholt wurden.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die Fa. Ecklmayr, Peuerbach, mit der Ersatzneuerlegung der Wasserleitung Furth und im Zuge dieser Arbeiten mit der

Verlegung eines Reinwasserkanals im oberen Teilabschnitt der Wasserleitungstrasse zu beauftragen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, die Fa. Ecklmayr, Peuerbach, mit dem Wasserleitungsbau Klausse zu beauftragen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

12. Gemeindezentrum Galeriedecke: weitere Vorgangsweise

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass Ing. Reiter, Linz, mit Erhebungen über die Ursache des Durchhanges der Galeriedecke beauftragt wurde, dazu erfolgte am 6. 7. 2011 eine Besprechung. Herr Ing. Reiter hat dabei mitgeteilt, dass wohl die Standsicherheit für die Galeriedecke gegeben ist, jedoch nicht die Brauchstauglichkeit. Seiner Ansicht nach liegt das Verschulden wegen der zu mutigen Berechnung beim Statiker. Er schlägt vor, ein Einvernehmen mit dem Statiker hinsichtlich der Sanierungskosten anzustreben, sollte dies nicht zustande kommen, empfiehlt er, ein gerichtliches Gutachten zur Beweissicherung zu beantragen.

Herr Meixner bemerkt, dass der Deckendurchhang zum Stillstand gebracht werden und der ursprüngliche Zustand erreicht werden soll.

Herr Hellmayr teilt mit, dass der ursprüngliche Zustand nur durch Abhängen der Decke erreicht werden kann.

Herr Pilsner bemerkt, dass es gut ist, einen für den Durchhang Verantwortlichen feststellen zu können. Ihm gefällt der Sanierungsvorschlag mit der Abhängung gut. Er kann sich auch vorstellen, dass auf die Trennwand künftig verzichtet wird.

Bürgermeister Ing. Dopler teilt mit, dass laut Angabe des Gutachters Ing. Reiter auf die gerechnete zulässige Belastung das Gewicht der Trennwand keine Rolle spielt.

Herr Binder berichtet, dass sich Ing. Heinzl darüber gewundert hat, dass die Decke nicht dicker ausgeführt wurde und fragt an, ob die Trennwand über noch verwendbar ist.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, dem Statiker schriftlich aufzufordern, im Einvernehmen die Sanierungskosten für die Galeriedeckensanierung zu übernehmen und eine entsprechende Meldung an seine Haftpflichtversicherung zu erstatten. Sollte dies vom Statiker abgelehnt werden, soll Ing. Heinzl mit der Beweissicherung zur Ursache des Galeriedeckendurchhanges beauftragt werden.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

13. Neugestaltung Gemeindezeitung

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass die Gemeindezeitung bereits sehr umfangreich ist und eine Neugestaltung ansteht. Von Bürgern wurde angeregt, die Gemeindezeitung in einer größeren Schrift, mit übersichtlicherer Information und teilweise mit Farbdruck erscheinen zu lassen.

Herr Pilsner spricht sich dafür aus, die Gemeindezeitung mit einem größeren Schriftbild aufzulegen; er könne sich auch vorstellen, nicht mehr das gesamte Sitzungsprotokoll der Gemeinderatssitzungen abzudrucken, sondern die Informationen in gekürzter übersichtlicher Form. Er schlägt vor, dazu ein Redaktionsteam, in welchem alle Fraktionen vertreten sind, einzurichten.

Frau Wahlmüller kann sich die Einrichtung eines Redaktionsteams vorstellen; Parteipolitik sollte in der Gemeindezeitung nicht aufscheinen, dazu haben die politischen Parteien ihre eigenen Publikationen.

Herr Weissenböck bemerkt, dass derzeit die Informationen über die Sitzungen des Gemeinderates zweimal publiziert werden; eine Zusammenfassung müsste genügen, zumal jedem Gemeindegänger nach der Genehmigung des Protokolls die Möglichkeit der Einsichtnahme gegeben ist.

Bürgermeister Ing. Dopler bemerkt, dass ein Redaktionsteam zu Zeitproblemen führen wird. Er hält fest, dass die Präsentation der Gemeinde nach außen Kompetenz des Bürgermeisters ist, er jedoch Vorschläge zur Gestaltung und zum Inhalt der Gemeindezeitung wünscht.

Herr Pilsner hält fest, dass auch nach Wegfall der Veröffentlichung des genehmigten Sitzungsprotokolls zu den Gemeinderatssitzungen eine objektive Information zur Arbeit im Gemeinderat gewahrt bleiben soll.

Herr Mag. Hummer verweist auf die Möglichkeit der Gemeindegänger, in das genehmigte Protokoll Einsicht zu nehmen.

Frau Rathmayr verweist darauf, dass das genehmigte Protokoll auch auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht ist.

Herr Hellmayr verweist auf die Gemeindezeitung Alkoven, welche ihm sehr gefällt.

Frau Finzinger bemerkt, dass vor allem Fotoberichte gut angenommen und gerne gelesen werden.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, künftig das genehmigte Protokoll zu den Gemeinderatssitzungen nicht mehr in der Gemeindezeitung zu veröffentlichen und dafür zu den Gemeinderatssitzungen in einer Art Ergebnisprotokoll in der Gemeindezeitung zu berichten.

Für den Antrag stimmen:

Werner Hellmayr, Eva Wahlmüller, Mag. Peter Weissenböck, Johann Schöberl, Gerlinde Enzelsberger, Bernd Baumgartner, Josef Feischl, Ernestine Finzinger, Mag. Gerhard Hummer, Birgit Lindinger, Gerlinde Hintenaus, Ing. Gerhard Angster, Herbert Brandscheid, Friedrich Schultes jun. und Bürgermeister Ing. Josef Dopler

Der Stimme enthalten sich:

Erich Pilsner, Sabine Rathmayr, Robert Binder, Jutta Pöll, Ing. Siegfried Dobler, Sandra Rieger, Ing. Harald Hollnsteiner, Erich Meixner, Franz Pollhammer und Rudolf Eder

Damit wird der Antrag des Bürgermeisters mit Stimmenmehrheit angenommen.

14. Allfälliges

Weiterbestand Polsenzhof als FAB-Einrichtung

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass Eltern von Beschäftigten im Polsenzhof bei ihm ihre Besorgnis vorgebracht haben, dass beabsichtigt sei, das FAB im Polsenzhof aufzulassen und nach Wels zu übersiedeln. Es bestehen viele Möglichkeiten für eine entsprechende Auslastung dieser Einrichtung.

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, in einem Schreiben an den Landeshauptmann, an den Sozialreferenten und an den FAB kundzutun, dass sich der Gemeinderat nachdrücklich für einen Weiterbestand des Polsenzhofes als Einrichtung des FAB ausspricht.

Herr Pilsner spricht sich für den Antrag aus. Er bemerkt, dass im Polsenzhof sehr gute Arbeit geleistet wird. Es sollen jedoch sehr hohe Sanierungskosten anstehen. Er schlägt vor, auch Gespräche mit den zuständigen Landespolitikern in der Angelegenheit zu führen.

Auf Anfrage von Herrn Brandscheid teilt Bürgermeister Ing. Dopler mit, dass der Polsenzhof dem FAB gehört. Die erforderliche Sanierung wurde vor einiger Zeit angesprochen, auch zu einem Ausbau bestanden Überlegungen. Nunmehr besteht das Gerücht, dass die Einrichtung nach Wels übersiedelt werden soll.

Frau Enzelsberger verweist darauf, dass die meisten Bediensteten aus der Umgebung sind.

Herr Pilsner bemerkt, dass im Polsenzhof sowohl ein Seminarbereich als auch ein Bereich zur Behindertenbetreuung besteht. Für einen Fortbestand des Seminarbereiches wäre auch das Engagement der Gemeinde gefordert. In der Behindertenbetreuung überlegt man beim Land neue Ansätze.

Zielführend für einen möglichen Standorterhalt erscheinen ihm Gespräche mit den zuständigen Herren der Landesregierung.

Bürgermeister Ing. Dopler ergänzt seinen Antrag dahingehend, dass um einen Gesprächstermin ersucht wird, an welchem Vertreter aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen teilnehmen sollen.

Der Antrag wird durch Erheben einer Hand einstimmig angenommen.

Gemeindestraße Parz. Nr. 1154/1, KG Fürneredt – Vermessung/Grenzfestlegung

Bürgermeister Ing. Dopler beantragt, diese Angelegenheit unter Ausschluss der Öffentlichkeit abzuhandeln.

Für den Antrag stimmen:

Werner Hellmayr, Eva Wahlmüller, Mag. Peter Weissenböck, Johann Schöberl, Gerlinde Enzelsberger, Bernd Baumgartner, Josef Feischl, Ernestine Finzinger, Mag. Gerhard Hummer, Birgit Lindinger, Gerlinde Hintenaus, Ing. Gerhard Angster, Jutta Pöll, Herbert Brandscheid, Friedrich Schultes jun., Erich Meixner, Franz Pollhammer, Rudolf Eder und Bürgermeister Ing. Dopler

Gegen den Antrag stimmen:

Erich Pilsner, Sabine Rathmayr, Robert Binder, Ing. Siegfried Dobler, Sandra Rieger und Ing. Harald Hollnsteiner

Damit wird der Antrag des Bürgermeisters mit Stimmenmehrheit angenommen.

Über den weiteren Verlauf der Sitzung zu dieser Angelegenheit wird eine gesonderte, nicht öffentliche Verhandlungsschrift geführt.

Bürgermeister Ing. Dopler teilt mit, dass die Partnergemeinde Stubenberg am 17. Juli 2011 das 850-Jahr-Jubiläum feiert und dazu eine Abordnung von St. Marienkirchen an der Polsenz nach Stubenberg fährt.

Bürgermeister Ing. Dopler informiert über die Besprechung hinsichtlich der beabsichtigten Verlegung bzw. Bereinigung des öffentlichen Gutes im Bereich des Wiesergutes in Lengau, eine Einigung kam vorerst nicht zustande.

Herr Ing. Hollnsteiner teilt mit, dass der Bademeister Freibadbesuchern bei Schönwetter bereits um 18:30 Uhr den Zutritt verwehrt.

Herr Brandscheid teilt mit, dass die Sicht im Kreuzungsbereich Kienwiesstraße/Güterweg Unterlengau durch Brennessel stark beeinträchtigt ist. Weiters wird bei der Liegenschaft Lengau 30 häufig die Kienwiesstraße durch einen abgestellten Traktor stark eingeengt.

Frau Enzelsberger teilt mit, dass der Gehweg Freundorf/Unterfreundorf große Risse aufweist.

Herr Ing. Hollnsteiner teilt mit, dass der Einlaufschacht neben seiner Hauszufahrt verlegt ist.

Zur Tagesordnung wird nichts mehr vorgebracht.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und keine Anträge und Wortmeldungen mehr vorliegen schließt der Vorsitzende um 23:30 Uhr die Sitzung.

Schriftführer:

Vorsitzender: